

Schavan: Haben zu wenig Zuwanderer



Während die Kanzlerin mit der Bemerkung, [Multikulti sei gescheitert](#) (was sie allerdings am nächsten Tag gleich mit der Bemerkung, dass [der Islam zu Deutschland](#) gehöre, relativiert) versucht, konservatives Wählerpotential an die Union zu binden, verkündet „Bildungs“ministerin Schavan, wir hätten nicht zu viel Zuwanderung, sondern zu wenig. Also: Weiter, wie bisher. Und die ganz „Klugen“ positionieren sich [gegen Seehofer](#).

Die WELT [berichtet](#):

Merkel und Seehofer legen in der Integrationsdebatte nach. Doch: Es kommen viel zu wenige Zuwanderer, wie Bildungsministerin Schavan sagt.

„Nicht Einwanderung muss uns aufregen, sondern Auswanderung aus Deutschland.“ Mit diesen Worten setzt Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) einen Kontrapunkt in der Zuwanderungsdebatte. Vor fünfzehn Jahren lag die Zahl der Zugewanderten noch deutlich über einer Million, vor zehn Jahren waren es noch 800.000. Seit zwei Jahren ziehen mehr Menschen fort, als einwandern. Im vergangenen Jahr kamen 721.000 Menschen nach Deutschland, 734.000 gingen. Debatten wie die aktuelle, so klagen Experten, trügen dazu bei, dass Deutschland gerade für Qualifizierte nicht zu einem

attraktiven Ziel werde. „Wenn wir dagegen nichts tun, wird sich der Fachkräftemangel zur größten Wachstumsbremse entwickeln“, sagte Schavan der „Welt am Sonntag“.

Nur können die, die kommen, die, die gehen, nicht mal annähernd ersetzen. Und ein ungelernter Ziegenhirt aus dem Jemen wird wohl kaum den hiesigen Fachkräftemangel beheben! Aus- und Einwanderung sollte nicht nur quantitativ betrachtet werden.

Es sollte keine Aufweichung der restriktiven Regeln des geltenden Zuwanderungsgesetzes, keine Zuwanderung nach Kontingenten oder Punktesysteme geben.

Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft sehen solche Äußerungen mit Sorge. „Die deutsche Wirtschaft braucht die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften“, sagte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt der „Welt am Sonntag“. Ziel einer klugen Migrationspolitik müsse es sein, Zuwanderung in die Sozialsysteme zu begrenzen, aber gesteuerte Zuwanderung von ausgebildeten Arbeitskräften zu erleichtern.

Also bleibt alles beim alten.